

Kühle Distanz mit mürrischen Untertönen:
Empirische Befunde über die Einstellung der
Österreicher zur EU

Peter A. Ulram

Für die Darstellung der Einstellungen der Österreicher und Österreicherinnen zur Europäischen Union wird im Folgenden auf das Konzept der „politischen Kultur“ zurückgegriffen. In der Politikwissenschaft (nicht in der politischen und medialen Alltagssprache) versteht man darunter im wesentlichen systematische Orientierungsmuster der Mitglieder eines politischen Systems gegenüber diesem politischen System (Almond und Verba 1989 a,b²; Plasser und Ulram 1993², Plasser, Ulram und Waldrauch 1998, Pye 1968). Obwohl dieses Konzept ursprünglich im Hinblick auf die Orientierung gegenüber (zumeist National-) Staaten entwickelt worden ist, kann es auch auf andere politische Systeme angewendet werden, zumindest dann wenn diese ein gewisses Ausmaß an rechtlicher, administrativer und politischer Integration erreicht haben und mehr darstellen als ein loses Kooperationsgeflecht ansonsten voneinander weitgehend unabhängiger politischer Einheiten. Sofern diese Bedingungen gegeben sind (die Verwendung des Analysekonzepts also sinnvoll ist), was im Falle der EU trotz unterschiedlicher Integrationsintensität der Fall sein dürfte (Cooper 2003), bietet sich der Vorteil einer „neutralen“ Problemsicht, sprich: wie politisch-administrative Entscheidungsträger und Akteure in den einzelnen Ländern oder in den Gemeinschaftsinstitutionen die Orientierungsmuster bewerten, hängt von deren Zielvorstellungen und Strategien ab. Die Präsentation des empirischen Datenmaterial folgt der Dreiteilung den (Objekte der) politischen Kultur nach Almond

(1987):

Policy- oder Politikfeld-Kultur, Prozeß-Kultur und Systemkultur; das Datenmaterial selbst stammt aus den Eurobarometer-Umfragen (im Auftrag der Europäischen Kommission) und Studien von FESSEL-GfK AUSTRIA bzw. der internationalen GfK-Gruppe.

1. Politikfeld-Kultur

Die Politikfeld-Kultur beinhaltet die Einstellungen zum materiellen wie symbolischen Output eines politischen Systems. Die EU wird von den Österreichern in erster Linie als Wirtschaftsmacht gesehen – so verbindet man 1998 mit ihr vor allem „Wirtschaftsmacht“, „Zukunft“, „Konkurrenzfähigkeit“ und „Fortschritt“, kritisch auch „Bürokratie“. „Demokratie“ und „Kultur“ assoziiert nur eine Minderheit und „Geschichte“ oder „Heimat“ kaum jemand (FESSEL-GfK AUSTRIA, Orientations Towards Europe 1998); ähnlich bezeichnen 2001 85 Prozent Europa als gemeinsamen Wirtschaftsraum (FESSEL-GfK AUSTRIA, Life Style-Sonderteil Europa 2001). 2004 bedeutet die EU für Herrn und Frau Österreicher speziell EURO (53%), gefolgt von Geldverschwendung, Reise-Studien- und Arbeitsfreiheit in der EU, Kriminalität und Arbeitslosigkeit. Im europäischen Vergleich sind positiv konnotierte Bezugspunkte zur Union in Österreich (Ausnahme EURO) deutlich schwächer, negativ konnotierte Bezugspunkte deutlich stärker vertreten. Die Zustimmung zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist gleichermaßen verhalten – ähnliches gilt freilich auch für andere Länder mit neutralem oder paktfreiem Status.

Table 1: Bedeutung der EU im EU-Vergleich (2004)

„Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?“

In Prozent (Mehrfachnennungen)	Österreich	EU-15
EURO	53	50
Reise- Studien- und Arbeitsfreiheit in der EU	38	51
Friede/stärkere Mitsprache in der Welt/kulturelle Vielfalt/wirtschaftlicher Wohlstand/soziale Sicherheit/Demokratie	101	111
Geldverschwendung	42	26
Arbeitslosigkeit/mehr Kriminalität/Bürokratie/nicht genug Kontrolle an Außengrenzen/Verlust von kultureller Identität	145	97

Quelle: Eurobarometer (Feb./März 2004)

Was die substanzielle Leistungserbringung betrifft, so fällt das Urteil in den meisten Themen, die für Österreich als prioritär angesehen werden, zumeist negativ (Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, Inflationsbekämpfung) aus bzw. die diesbezügliche Rolle der EU wird als eher irrelevant angesehen (Pensionssicherung); eine positive Annahme stellt lediglich die Kriminalitätsbekämpfung dar. Die Bewertung hat sich zudem rezent merkbar verschlechtert (Eurobarometer 61.1), auch wenn manche Befürchtungen vor dem EU-Beitritt ausgeprägter waren (negative Auswirkungen auf soziale Standards und Sozialleistungen, Landwirtschaft) als im nachhinein festgestellt. Dies gilt freilich auch für manche der ursprünglich erhofften materiellen Vorteile durch die Mitgliedschaft. Insgesamt unterliegt die perzipierte Vorteils- und Nachteilsbilanz beträchtlich Schwankungen im Zeitverlauf (Ulam 2000), wobei

eine kritische Sichtweise in den letzten Umfragen stärker zum Tragen gekommen ist (Tabelle 3-Grafik). Dies ungeachtet einzelner „Erfolgsgeschichten“ wie der des EURO, dessen Einführung zunächst mit Misstrauen, später aber mit Zustimmung bedacht wurde. Unabhängig von Detailbefunden ist freilich festzustellen, dass nicht nur eine gehörige Skepsis gegenüber der generellen Qualität von Entscheidungen der EU besteht, sondern auch eine Asymmetrie der Interessenberücksichtigung, konkret eine Privilegierung der Interessen der großen Mitgliedsländer wie auch die mancher wirtschaftlicher Interessengruppen, vermutet wird.

Tabelle 2: Feststellungen zur EU

in % (1) der Zustimmung, (2) der Ablehnung	Österreich	EU-15
a1) Die Sanktionen der EU-14 gegen Österreich haben gezeigt, dass die EU keine Rücksicht auf die Interessen kleiner Mitglieder nimmt	80	na
b1) Die größten Länder haben die meiste Macht in der EU	76	69
a1) Die BSE-Krise und die Massenvernichtung von Tieren haben gezeigt, dass es der EU nur um die Interessen der Agrar- und Futtermittelindustrie geht	64	na
c2) Kleine Länder können ihre Interessen in der EU wirksam schützen (Ablehnung!)	53	38
c2) Die Entscheidungen der EU sind im allgemeinen vernünftig (Ablehnung!)	41	33
d1) Die EU versagt in entscheidenden Fragen „dauernd“ oder „oft“	40	na

Quelle: a) FESSEL-GfK AUSTRIA, Lifestyle-Sonderteil Europa (2001)

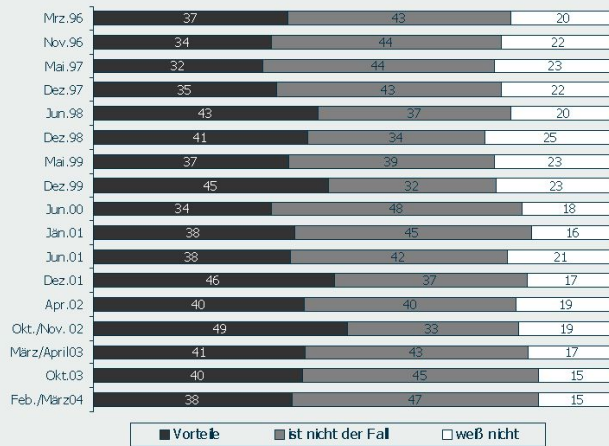
b) Eurobarometer 61.1 (2004)

c) Eurobarometer 59.1 (2003)

d) FESSEL-GfK AUSTRIA, Politische Kultur in der Konfliktdemokratie (2001)

Vorteile durch EU-Mitgliedschaft (1996-2004)

Frage 9: Hat Ihrer Meinung nach Österreich insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

GfK

2. Prozesskultur

Der letztgenannte Punkt bildet zugleich den Übergang zur Prozesskultur, zu der die Einschätzung der politischen Akteure ebenso zählt wie jene der eigenen Rolle und Möglichkeiten im politischen Prozess und die Responsivität der politischen Eliten. Kennzeichnend sind hier eine vergleichsweise verbreitete Skepsis über die Einflussmöglichkeiten des eigenen Landes – 47 Prozent der Österreicher glauben nicht, dass die Stimme ihres Landes in der EU zählt (im Durchschnitt der EU-15 vertreten nur 26 Prozent diese Ansicht) sowie eine noch stärkere über die individuellen Möglichkeiten politischer Einflussnahme („externe Effektivität“) – eine Haltung in der sich freilich die Österreicher nur wenig von den anderen EU-Bürgern unterscheiden: 61 Prozent in Österreich und 55 Prozent im Durchschnitt der EU-15 glauben nicht, dass ihre persönliche Stimme in der EU zählt (Eurobarometer 60.1 aus 2004).

In die gleiche Richtung verweist die eher geringe Einschätzung der Auswirkungen von Aktivitäten und Entscheidungen des Europaparlaments auf die betroffenen Bürger bzw. der Eindruck, die eigenen Interessen würden nicht durch die Abgeordneten zum Parlament geschützt – die letztgenannte Meinung teilte 2003 nur ein Drittel der Österreicher, im Frühjahr 2004 bereits die Hälfte. In diesem Kontext nimmt nicht wunder, dass die Wahlbeteiligung an den EP-Wahlen in Österreich von 67,7 Prozent 1996 auf 49,4 Prozent 1999 und 42,3 Prozent 2004 abgesunken ist.

3. Systemkultur

Die Systemkultur schließlich befasst sich mit den Orientierungen gegenüber den politischen Autoritäten, dem Regime und der politischen Gemeinschaft. Gefühlsmäßig verbinden die Österreicher mit der Union nur beschränkt Positives (am ehesten noch Hoffnung), viel Gleichgültigkeit und noch mehr Negatives (vor allem Sorge und Misstrauen). Im Durchschnitt der EU-15 findet sich demgegenüber ein Mehr an Positivem, speziell aber weniger Sorge und Misstrauen. Genau umgekehrt erweist sich die emotionale Befindlichkeit in bezug auf das eigene Land: überwiegend positiv, darunter viel Vertrauen, worunter sich etwas Sorge mischt, aber kaum dezidiert negative Gefühle.

Tabelle 4: Gefühlsmäßige Verbundenheit mit Österreich und der EU

in % verbinden Gefühle (Mehrfachnennungen)	Öster-reicher mit Ö		Öster-reicher mit EU		EU-15 mit EU	
+ Hoffnung	57	}135	32	}52	38	}64
+ Vertrauen	54		16		52	
+ Begeisterung	24		4		6	
+ Gleichgültigkeit		5		21		21
+ Sorge	37	}46	28	}65	18	}43
+ Misstrauen	5		27		19	
+ Ablehnung	2		10		6	
in % aller Nennungen entfallen auf	Ö mit Ö		Ö mit EU		EU-15 mit EU	
+ positive Assoziationen	73		38		50	
+ distante Assoziationen	3		15		16	
+ negative Assoziationen	25		47		34	

Quelle: Eurobarometer 60.1 (2003)

FESSEL-GfK Austria: Lifestyle Spezial – Österreichische Identität (2004).

Etwa die Hälfte der Österreicher fühlen sich zumindest teilweise als Europäer; eine rein nationale Identität weisen 46 Prozent auf, wozu noch bei 58 Prozent eine starke gefühlsmäßige Bindung an das eigene Land kommt (in der EU sind insgesamt gemischte Identitäten stärker und gefühlsmäßige Bindungen an das eigene Land schwächer vertreten). Eine Gefährdung der nationalen Identität und Kultur durch eine fortschreitende europäische Integration befürchtet aber nur jeder Dritte (36% in Österreich, 41% in EU-15; Eurobarometer 60.1, 2004).

Für die Evaluierung des politischen Systems stehen zwei Indikatoren zur Verfügung: die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU und das Vertrauen in die Europäischen Institutionen. Sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie in der EU zeigen sich dabei 40 Prozent, nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden 46 Prozent. Deutlich zufriedener ist man mit der Art und Weise wie die Demokratie in Österreich funktioniert (64%), während hier nur 32 Prozent Unzufriedenheit zu Protokoll geben. Die Kluft zwischen der Demokratiezufriedenheit in der EU und im eigenen Land hat sich von 2003 auf 2004 vergrößert.

Tabelle 5: Demokratiezufriedenheit im Vergleich

in %	Österreicher über		EU-15 über	
	Österreich	EU	eigenes Land	EU
sehr oder eher zufrieden	64	40	50	43
nicht sehr oder überhaupt nicht zufrieden	32	46	43	40

Quelle: Eurobarometer 61.1 (2004)

Von den bekannten Europäischen Institutionen erfreuen sich der Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof und die Europäische Zentralbank einer eindeutig positiven Vertrauensbilanz; dem Europaparlament bringen gerade noch 43 Prozent Vertrauen und bereits 40 Prozent Misstrauen entgegen; die Kommission und der Ministerrat laborieren an einem

Vertrauensdefizit. Während das österreichische Vertrauensniveau im Falle der Kontrollinstanzen und der Zentralbank ansatzweise den Durchschnittswerten der EU-15 entspricht, liegt es bei den politischen Institutionen deutlich darunter und hat sich in den letzten zwei Jahren gravierend verschlechtert.

Tabelle 6: Vertrauensbilanz Europäischer Institutionen (2002-2004)

Prozentpunktdifferenz (PPD) Vertrauen (+) Misstrauen (-) H= Herbst, F= Frühjahr *)	Österreich				EU-15
	H 02	F 03	H 03	F 04	F 04
Europäischer Gerichtshof	+42	+34	+33	+26	+28
Europäischer Rechnungshof	+28	+20	+17	+14	+12
Europäische Zentralbank	+36	+22	+23	+13	+19
Europaparlament	+33	+20	+19	+3	+15
Europäische Kommission	+22	+10	+5	-7	+18
Ministerrat der EU	+19	+4	+2	-11	+18

Quelle: Eurobarometer 58.1, 59.1, 60.1, 61.1,
(Herbst 2002-Frühjahr 2004)

*) nur Institutionen mit einem Bekanntheitsgrad deutlich über 50 Prozent.

Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU beurteilen im Frühjahr 2004 30 Prozent als gute Sache, 29 Prozent als schlechte Sache (36 Prozent als weder gut noch schlecht und 5 Prozent beziehen keine Stellung). Retrospektiv halten 46 Prozent den Beitritt zur Union für eine richtige; aber 36 Prozent für eine falsche Entscheidung (19 Prozent weiß nicht). Diese Globalbewertung unterliegt im letzten Jahrzehnt beträchtlichen Schwankungen, was an sich auf eine wenig gefestigte Systemkultur hindeutet: 2004 fällt sie jedenfalls verhaltener aus in früheren Jahren.

Tabelle 7: Allgemeine Einstellung zur EU (1995-2004)

Prozentpunktdifferenz (PPD) *)	a) EU-Mitgliedschaft gut(+)/schlecht (-)	b) EU-Beitritt war richtig (+)/falsch (-)
1995	+21	na.
1996	+8	+14
1997	+5	+7
1998	+19	+17
1999	+18	+21
2000	+7	+26
2001	+18	+23
2002	+28	+31
2003	+15	+31
2004	+1	+10

*) Jahresdurchschnittswerte

Quelle: Eurobarometer (1995-2004)

FESSEL-GfK, Repräsentative Umfragen (1996-2003)

bzw.

FESSEL-GfK, Austrian Life Style – Österreichische Identität (2004)

4. Soziodemografische, gesellschaftspolitische und politische Orientierungsmuster

Bereits die Analyse des Referendums über den EU-Beitritt 2004 hat große gruppenspezifische Unterschiede im Abstimmungsverhalten an den Tag gebracht (Plasser und Ulram 1994), die – von einer Ausnahme, nämlich dem Schwenk der jüngeren Wählergeneration von einer eher gleichgültig-ablehnenden hin zu einer befürwortenden Einstellung abgesehen – auch in der Folgezeit ihre Bestätigung erhalten haben:

- + Frauen sind EU-skeptischer als Männer;
- + mit zunehmendem Bildungsgrad und qualifizierter Berufstätigkeit steigt die Zustimmung zur EU;
- + gesicherte Einkommens- und Lebensverhältnisse erhöhen die Zustimmung;
- + diese steigt auch mit dem (stark bildungsabhängigen) Informationsniveau über die EU;
- + Menschen im urbanen Bereich sind EU-positiver eingestellt als solche in ländlichem und kleinstädtischem Umfeld.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Einflußfaktoren, so die Einstellung zur Marktwirtschaft (bzw. die Befürwortung oder Ablehnung etatistisch-staatsinterventionistischer Politik) und zur wirtschaftlichen Internationalisierung, die Zufriedenheit mit der Demokratie und die Responsivität der politischen Eliten im eigenen Land, aber auch die generelle Sichtweise gesellschaftlicher Veränderungen, die die Akzeptanz der EU entscheidend mitprägen. Parteipolitisch gesehen nehmen vor allem ÖVP- und GRÜN-Anhänger eine grundsätzlich EU-positive Haltung ein (bei den GRÜNEN gilt dies freilich nicht für alle Bereiche der Politikfeld-Kultur), SPÖ-Präferenten geben sich diesbezüglich merkbar zurückhaltender und die FPÖ-Wählerschaft weist ein mehrheitlich negatives Profil auf. Nationalbewusstsein wiederum stellt keinen Widerspruch zur Befürwortung der EU-Mitgliedschaft dar: im Gegenteil, je gefestigter das österreichische Nationalbewusstsein – wozu auch das Verständnis von Nation als Zustimmung zu einem eigenständigen Staatswesen, unabhängig von der Sprache, zählt (Ulram und Tributsch 2004) – umso stärker die prinzipielle Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft, Wie weiter oben schon

angeführt wurde, sind Ängste um den Fortbestand der nationalen Identität und Kultur in Österreich auch schwächer verbreitet als in vielen anderen Mitgliedstaaten der Union.

**Tabelle 8: Abstimmungsverhalten EU-Referendum 1994 u.
Retrospektive Beurteilung des EU-Beitritts 2004**

Prozentpunktdifferenz (PPD) Pro (+) minus Contra (-) bzw. richtige Entscheidung (+) minus falsche Entscheidung (-)				
	PPD 1994		PPD 2004	
Männer		+40	+20	
Frauen *)		+24	+2	
Unter 30 Jahre		+10	+18	
30-59 Jahre		+33	+3	
60 Jahre und älter		+40	+31	
Pflichtschule		+20	-1	
Berufsschule/BMS		+30	-2	
AHS/BHS	}	+40	+23	}+28
Universität/Hochschule			+39	
Selbständige/Freie Berufe		+26	+35	
leitende Angestellte/Beamte	}	+34	+37	}+15
nicht leit. Angestellte/Beamte			+8	
Facharbeiter		}+28	-4	}-12
an- und ungelernte Arbeiter			-26	
Landwirte		-40	-13	
Arbeitslose		na.	-27	
HH Netto-Einkommen:				
- € 1.500		na.	-9	
€ 1.500 – 2.400		na.	+6	
€ 2.400 +		na.	+34	
- 2.000 Einwohner		na.	±0	
- 50.000 Einwohner		na.	+8	
- 1 Million Einwohner		na.	+15	
Wien		na.	+24	

*) berufstätige Frauen: - 8 PPD

Quelle: FESSEL-GfK, Telef. Exit Poll bzw. kumulierter
Datensatz März – Mai 2004

FESSEL-GfK Austria, Austrian Life Style 2004

Tabelle 9: Retrospektive Beurteilung des EU-Beitritts

Prozentpunktdifferenz (PPD) richtige Entscheidung (+) minus falsche Entscheidung (-)				
PPD		2004	PPD	2003
Ö gesamt		+10	Ö gesamt	+31
Parteipräferenz			Parteipräferenz	
ÖVP	+39	ÖVP	+53	
GRÜNE	+32	GRÜNE	+36	
SPO	+3	SPO	+24	
FPO	-25	FPO	-14	
Österr. Nationalbewusstsein			Persönliches Einkommen	
Nation	+16	keine Probleme	+42	
nationale Entwicklung	+1	einige Probleme	+19	
keine Nation	-24	Probleme	-15	
Nationsdefinition			Wirtschaftliche Entwicklung (Zukunft)	
Staatsnation	+16	Verbesserung	+43	
Sprachnation	-18	Verschlechterung	+1	
Einstellung Etatismus			Persönl. Finanzlage (Vergangenheit)	
Contra	+18	Verbesserung	+43	
Pro	+3	Verschlechterung	+8	
Einstellung Marktwirtschaft			Demokratiezufriedenheit	
Pro	+33	sehr zufrieden	+67	
Contra	-9	eher zufrieden	+50	
		eher unzufrieden	+17	
		sehr unzufrieden	-22	
Einstellung wirtschaftliche Internationalisierung				
Pro	+43			
Contra	-15			

Quelle: FESSEL-GfK Austria, Life Style 2003 und 2004

5. Fazit

In Summe lässt sich das Verhältnis der meisten Österreicher(innen) zur EU als von emotionaler Distanz, abwartender Skepsis und pragmatischen Kosten-Nutzen Abwägungen geleitet charakterisieren, wozu immer wieder und in den letzten Jahren zunehmend eine Art „mürrischer Unterton“ hinzutritt. Ein positives Einstellungsbild findet sich in überdurchschnittlichem Ausmaß bei jüngeren, mit materiellen und/oder bildungsmäßigen Ressourcen ausgestatteten Personen; ein negatives speziell bei ressourcenschwachen, sich in ohnehin prekären Lebensverhältnissen befindlichen und der Politik eher entfremdeten Personen, die unterschiedliche Ängste nicht alleine, aber in besonderem Ausmaß auf die EU projizieren. Problemzonen sind in allen Bereichen der EU-bezogenen politischen Kultur erkennbar und damit auch auf der Ebene der Systemkultur. Unter den EU-Mitgliedsländern zählt Österreich zur Gruppe der Länder mit eindeutig unterdurchschnittlicher Befürwortung der Union, ihrer Institutionen und Politik (gemeinsam etwa mit Schweden und Großbritannien), ohne dass – anders als zeitweilig in Schweden – freilich die Mitgliedschaft von einem größeren Prozentsatz wirklich in Frage gestellt würde (Ullram 1999; Sjörén 1999). Eine künftige Entwicklung der EU in Richtung verstärkter politischer Integration oder gar einer Art europäischen Bundesstaates stößt auf wenig Sympathie bis mehrheitliche Ablehnung.

Tabelle 10. Europäische Entwicklungsperspektiven

Frageversion 1: Sind Sie persönlich für oder gegen die Entwicklung in Richtung einer Europäischen politischen Union? *) (in %)	EU-15 2003**)	Österreich 2003
+ dafür	53	45
+ dagegen	26	35
Frageversion 2: Was wäre Ihnen lieber? (in %)	Österreich 2001	Österreich 2003
+ die EU entwickelt sich in Richtung einer politischen Union, also eine Art Vereinigte Staaten von Europa	35	32
+ die EU entwickelt sich in Richtung einer losen Staatengemeinschaft, die sich darauf beschränkt, in erster Linie gemeinsame wirtschaftliche Interessen zu verfolgen	59	63

*) Rest auf 100%: keine Angabe

**))PPD (dafür/dagegen) im Ländervergleich:

I+71, GR+60, E+54, P+53, LUX+40, B+39, IRL+39, D+39, EU15+27, NL+28, F+18, SF+17, A+10, DK-7, S-14, UK-21

Quelle:F1: Eurobarometer 60.1 (2003)

F2: FESSEL-GfK, Austrian Life Style – Sonderteil Europa (2001)

FESSEL-GfK, Europa-Politik (2003)

Bedauerlicherweise existieren nur wenige – insbesondere international vergleichende und breit angelegte - Studien, die wissenschaftlich genügend abgesicherte Aussagen über die Ursachen dieses Meinungsbildes erlauben. Viele Erklärungsversuche reflektieren eher selektive persönliche Erfahrungen und individuelle Befindlichkeiten (Spitzenpolitiker und journalistische Kommentatoren inklusive), zielen mehr auf Schuldzuweisungen denn auf Analyse ab und beruhen oft auf einer Überinterpretation von empirischen Datensplittern. Bei aller gebotener Vorsicht seien dennoch einige Faktoren angeführt, die zumindest nicht im offensichtlichen Widerspruch zur verfügbaren Datenlage stehen:

- + Die Vorteils- Nachteilsbilanz durch die Mitgliedschaft fällt nicht in allen EU-Mitgliedsländern gleich aus bzw. ist nicht immer unmittelbar einsichtig. Unter den Ländern, die seit den siebziger-Jahren der EU- beigetreten sind, ist die Zustimmung zur EU dort am größten, wo starke materielle (Entwicklungs-) Benefits lukriert wurden (Spanien, Irland, Portugal, Griechenland) und/oder eine Unterstützung des demokratischen Konsolidierungsprozesses erfolgt ist. Umgekehrt handelt es sich bei den „EU-skeptischen“ Ländern um solche, die auf hohem Wirtschafts- und Wohlstandsniveau (notabene alles Nettozahler) mit konsolidiertem demokratisch-politischem System beigetreten sind (Großbritannien, die skandinavischen Länder und Österreich).
- + Die Sichtweise des politischen Problemhaushaltes und der damit verbundenen Politiken unterscheidet sich in Österreich mitunter beträchtlich von jener in anderen Mitgliedsländern (zumindest deren politischer Eliten) und der Kommission. Beispielhaft angeführt seien hier nur Punkte wie Transit, Gentechnik, Atomenergie, Verteidigungspolitik, alles in Österreich stark emotional behaftete Themen. Die angeführten Divergenzen mögen zum Teil durch mehr oder minder „geschickte“ Verhandlungsführung beeinflusst worden sein, bestehen aber prinzipiell davon unabhängig.
- + Der Hang österreichischer (nicht nur Boulevard-) Medien , Politiker (aller Parteien) und mancher NGO's („energiepolitische Ostmission“) zum Populismus, wobei Institutionen und Programme der EU (aufgrund der leicht herstellbaren Kombination von „die da oben“ und „die da

unten“ – mitunter nicht ohne deren Zutun – als Objekt populistischer Anti-Initiativen denkbar geeignet erscheinen. In der Folge werden latente Vorurteile und Befürchtungen aktiviert, die teilweise weit über den „harten Kern“ deklariert EU-Gegner hinausreichen (Ullrich 2002).

- + Kleinere Länder (nur Belgien stellt diesbezüglich laut Eurobarometer eine Ausnahme dar) betonen im Regelfall besonders das Prinzip gleichwertiger Interessenberücksichtigung und die Bedeutung entsprechender institutioneller Regelungen, und reagieren besonders sensibel auf faktische oder unterstellte „Übermächtigungsversuche“ bzw. Ungleichgewichtigungen. Die Diskussion um die Einhaltung bzw. Revision der Maastricht-Kriterien kann hier durchaus exemplarisch gesehen werden.
- + Ein österreichisches Spezifikum stellt natürlich die Erfahrung mit den Sanktionen der EU-14 im Jahr 2000 dar, die zwar von nationalen Regierungen und nicht von der EU verhängt worden waren, wohl aber von Teilen der österreichischen Öffentlichkeit der EU zugeschrieben wurden wie die beteiligten Regierungen der EU-14 auch teilweise bestrebt war, diesen Unterschied zu verwischen (Schneider 2003).
- + Die Institutionen der EU laborieren häufig an einem erkennbaren Defizit an (positiver) symbolischer Politikformulierung (was nicht mit einem einfachen „Informationsproblem“ gleichzusetzen ist), die Union insgesamt an einem eklatanten Mangel an gemeinschaftsbildender politischer Symbolik.

Erklärungen, die nur auf Eigenheiten der österreichischen öffentlichen politischen Diskussion oder Handlungen österreichischer Akteure (Stichworte „Informationsmangel“ oder „geistig noch nicht in der EU angekommen“) sind also ebenso unzureichend wie solche, die nur auf (speziell unter der Präsidentschaft von Prodi sichtbar gewordene) Defizite der Union abstellen.

Abschließend sei noch die eingangs getroffene Feststellung wieder aufgenommen, dass die Bewertung der auf die EU gerichteten politisch-kulturellen Orientierungen, gerade was ihre Kompatibilität mit den Strukturen der EU betrifft, von den

Ansprüchen und Zielen abhängt, die politische und mediale Eliten wie interessierte Staatsbürger(innen) mit der Union verbinden. Wer eine forcierte Integration („Vertiefung“) anstrebt, wird die skizzierten Befunde, vor allem die wenig konsolidierte Systemkultur, als gravierenden Mangel empfinden. Politische Integration bedarf eben der Zustimmung (tunlichst auch der aktiven Partizipation) des Gros der Eliten wie der Bevölkerung. Wer hingegen eine schwächere Integrationsintensität befürwortet, wo zentrale Entscheidungsbereiche und der Kern politischer Legitimation beim Nationalstaat verbleiben, wird darin höchstens eine Restriktion für bestimmte politische Vorhaben bzw. eine politische Stärkung der eigenen Position sehen.

6. Literaturverzeichnis

Almond, Gabriel A. (1987): Politische Kulturforschung – Rückblick und Ausblick, in: Dirk Berger-Schlosser und Jakob Schissler (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanzen und Perspektiven der Forschung, Opladen.

Almond, Gabriel und Sidney Verba (eds.) (1989 a)²: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Newsbury Park, London and New Delhi.

Almond, Gabriel and Sidney Verba (eds.) (1989 b)²: The Civic Culture Revisited. Newsbury Park, London and New Delhi.

Cooper, Robert(2003): The Breaking of Nations. Order and Chaos in the Twenty First Century, London.

Plasser, Fritz und Peter A. Ullram (1994): Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt, in: Anton Pelinka (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien.

Plasser, Fritz und Peter A. Ullram (Hg.)(1993)²: Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Frankfurt und Bern.

Plasser, Fritz, Peter A. Ullram and Harald Waldrauch (1998): Democratic Consolidation in East-Central Europe, Houndmills and New York.

Pye, Lucian W. (1968): Political Culture, in: David L. Sills (ed.): International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol.II, New York.

Schneider, Heinrich (2003): Österreich in Acht und Bann – ein Schritt zur politisch integrierten “Wertegemeinschaft?”, in: Erhard Busek und Martin Schauer (Hg.): eine europäische Erregung. Die „Sanktionen“ der Vierzehn gegen Österreich im Jahr 2000. Analysen und Kommentare, Wien.

Sjören, Toivo (1999): Swedish Public Opinion, in: Paul Luif and

Karin Oberegelsbacher (eds.): Austria, Finland and Sweden. The Initial Years of EU Membership, Vienna.

Ulam, Peter A. (2002): Einstellung der Österreicher zur EU, in: Heinrich Neisser und Sonja Puntcher Riekman (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft, Wien.

Ulam, Peter A. (1999): Public Opinion about the EU in Austria, in: Paul Luif and Karin Oberegelsbacher (eds.): Austria, Finland and Sweden. The Initial Years of EU Membership, Vienna.

Ulam, Peter A. und Svila Tributsch (2004): Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn, Wien.